

Herdecke – Witten – Düsseldorf und zurück 12/2018



Liebe Leserin, lieber Leser,

in der letzten Plenarwoche wurde nach seiner dritten Lesung der Haushalt der schwarz-gelben Landesregierung beschlossen. Die SPD-Landtagsfraktion hat ihn abgelehnt. Obwohl die Landesregierung sich derzeit über hohe Steuereinnahmen freuen kann, ist sie wesentliche Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht angegangen: Abschaffung der Kita-Beiträge, Übernahme der Straßenausbaubeiträge, Unterstützung unserer Kommunen bei der Ausrichtung der IGA oder die Beibehaltung wichtiger sozialer Förderprogramme – die SPD hat zahlreiche Änderungsanträge eingebracht, die leider allesamt durch die Regierung Laschet bzw. die Regierungsfractionen abgelehnt wurden.

Nicht ganz so einmütig ist die Haltung der Landesregierung zur Aufhebung des Kooperationsverbots durch den Bundestag. Zukünftig soll der Bund Finanzmittel für Investitionen im Bildungswesen direkt an die Länder und Kommunen weitergeben können. Der Bundesrat blockiert diese Grundgesetzänderung, allen voran Armin Laschet aus NRW. Kritik bekommt er dafür nicht nur von der SPD-Landtagsfraktion, dem Städtetag sowie Schüler- und Elternverbänden, sondern auch von FDP-Wissenschaftsminister Pinkwart und FDP-Schulministerin Gebauer, also aus seiner eigenen Regierung.

Das Dezember-Plenum war voll mit guten Anträgen der SPD-Landtagsfraktion. Bezahlbarer Wohnraum, beitragsfreie Bildung, erleichterte Zugänge zur Pflege- und Altenhilfe, die Stärkung unserer Demokratie und das Festhalten am Mieterschutz sind nur einige Themen, die wir in diesem Jahr immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben. Das ist im Kern „SPD“. Auch wenn dieser im politischen Alltag oftmals nicht erkennbar scheint – er ist da.

Glück auf, Ihre/eure Nadja Bütetführ

Neue Aufgabe in 2019 Mein Fraktionskollege aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis, Prof. Dr. Rainer Bovermann, und ich sind kürzlich zum Sprecher bzw. zur stellvertretenden Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in einer neu eingerichteten Enquete-Kommission des Landtags NRW ernannt worden.

Die einstimmig eingesetzte Kommission soll sich mit der Stärkung der parlamentarischen Demokratie in Nordrhein-Westfalen befassen. Wir sind gespannt auf unsere neue Aufgabe. Vor allem freuen wir uns darüber, dass wir gleich zu zweit für den Ennepe-Ruhr-Kreis dabei sind und die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger aus den



Wahlkreisen mit in unsere Kommissionsarbeit einbringen können. Themen sind unter anderem die Zukunft des kommunalpolitischen Engagements und Maßnahmen zur Steigerung der politischen Relevanz von Landesparlamenten. Immer weniger Menschen sind bereit, für ein kommunales Amt zu kandidieren. Daher müssen wir für eine höhere Wertschätzung in der Bevölkerung werben. Nur so stärken wir das kommunale Ehrenamt als 'Schule der Demokratie'.

Einen weiteren Schwerpunkt der Kommissionsarbeit werden die Auswirkungen der Digitalisierung auf die öffentliche Debatte darstellen. Die Zunahme von Hass, Hetze und Fake News im Internet, insbesondere in den Sozialen Netzwerken, ist eine Bedrohung der politischen Meinungsbildung. Wir werden Strategien erarbeiten, um demokratische Grundwerte im öffentlich-medialen Raum zu schützen und zu fördern.

Der [Antrag](#) auf Einsetzung dieser Enquete-Kommission wurde im Oktober einstimmig durch den Landtag beschlossen. Vorgelegt wurde er durch die CDU und nicht, wie sonst üblich, durch die beiden Regierungsfractionen CDU und FDP. Erstaunlich ist jedoch, dass sich die CDU über einen längeren Zeitraum hinweg im Rahmen dieser Enquete-Kommission mit der Stärkung der Demokratie in NRW befassen will, zeitgleich aber die Abschaffung des demokratischen Instruments der Stichwahlen in NRW plant.

Hintergrund: Eine Enquete-Kommission ist eine vom Landesparlament eingesetzte überfraktionelle Arbeitsgruppe, die sich über einen Zeitraum von ca. zwei Jahren mit einem bestimmten Themenkomplex beschäftigt. Zielsetzung ist es, sich möglichst umfassend über die vorliegenden Fragestellungen zu informieren, Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Angelegenheiten vorzubereiten und Handlungsstrategien und Empfehlungen für das Parlament zu erarbeiten. Dazu werden Sachverständige aus Wissenschaft und Gesellschaft einbezogen, die gemeinsam mit den Abgeordneten Fachtagungen durchführen und einen Abschlussbericht anfertigen, um die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Kommissionsarbeit zu informieren.

Mein „Ja“ zum Polizeigesetz Der Landtag NRW hat in der vergangenen Woche das umstrittene und vieldiskutierte Polizeigesetz der schwarz-gelben Landesregierung verabschiedet. Für mich war dies die bisher schwierigste Entscheidung als Abgeordnete. Dies ging auch vielen meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen so, denn wir haben bis zuletzt in der Fraktion hart und ausgiebig diskutiert. Klar war für uns jedoch von Beginn an, dass wir Position beziehen müssen.



Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass der erste Gesetzentwurf der Landesregierung in meinen Augen nicht zustimmungsfähig war. Zu groß waren die verfassungsrechtlichen Bedenken, die nicht nur in der Expertenanhörung des Innenausschusses geäußert wurden, sondern auch in großen Teilen der Bevölkerung.

Gemeinsam mit Jusos aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis habe ich intensiv über die Konsequenzen einer Einführung des unbestimmten Rechtsbegriffs der „Drohenden Gefahr“ diskutiert, über einen zeitlich unbegrenzten Untersuchungsgewahrsam und die Gefahren einer Überwachung der Telekommunikation. Wir kamen zu dem Schluss, dass dieser erste Gesetzentwurf verfassungswidrig war.

Als Mitglied einer Oppositionsfraktion steht man vor der Frage, wie man Verantwortung für dieses Land übernehmen kann: Eine grundsätzliche Blockadehaltung gegenüber sämtlichen Gesetzentwürfen der Landesregierung einnehmen oder aber die konstruktive Beteiligung an einzelnen Gesetzgebungsprozessen, um diese zum Vorteil der Menschen in NRW zu beeinflussen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Landtag ein Polizeigesetz auch ohne die Zustimmung der SPD-Landtagsfraktion verabschiedet worden. Wir haben uns also dazu entschieden, uns aktiv in die Überarbeitung des Gesetzentwurfs einzubringen, um diesen im Sinne der SPD zu entschärfen. Der Landesparteitag der NRW SPD hatte diesbezüglich bereits im Vorfeld ganz klare inhaltliche Maßgaben formuliert.

Der nun beschlossene Gesetzentwurf erfüllt Kernforderungen der SPD: Der Begriff der drohenden Gefahr ist gestrichen, ebenso wesentliche Vorschriften aus dem Straftatenkatalog. Auch die Möglichkeit zur Ingewahrsamnahme bei noch nicht konkretisierter Gefahr entfällt nun, die zulässige Höchstdauer ist auf grundsätzlich 14 Tage beschränkt und setzt eine richterliche Entscheidung voraus.

Nach reiflicher Abwägung zwischen der Wahrung von individuellen Freiheitsrechten auf der einen Seite und einem verstärkten Sicherheitsbedürfnis bei vielen Menschen in unserem Land auf der anderen Seite, habe ich mich schweren Herzens, ebenso wie meine Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Landtagsfraktion, dazu entschieden, diesen Gesetzentwurf mitzutragen.

Weitere Information können in einer [Synopsis](#) und einer [Stellungnahme](#) der SPD-Landtagsfraktion nachgelesen werden.

Stichwahl bleibt! CDU und FDP wollen die Stichwahlen von Bürgermeister*innen, Oberbürgermeister*innen und Landrät*innen zur nächsten Kommunalwahl 2020 wieder abschaffen und sich dadurch mehr Macht in den Rathäusern sichern. Wer an der Spitze unserer Kommunen und Verwaltungen steht, sollte sich jedoch auf eine breite Legitimationsbasis aus der wahlberechtigten Bevölkerung stützen können. Deshalb fordern wir den Erhalt der Stichwahlen in Nordrhein-Westfalen und unterstützen in einem breiten Bündnis



den Aufruf von „Mehr Demokratie e. V.“ zum Erhalt der Stichwahlen in NRW. Die Stichwahlen wurden erstmalig im Jahr 1994 eingeführt. 2007 schafften CDU und FDP sie wieder ab. Die rot-grüne Minderheitsregierung führte sie 2011 mit den Stimmen von FDP und Linken wieder ein. Hintergrund war, dass bei der Kommunalwahl 2009 in einigen Kommunen Kandidatinnen und Kandidaten gewannen, die weniger als ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinen konnten. Die niedrigen Stimmenanteile der Wahlsieger gewährleisteten keinen ausreichenden Rückhalt durch die Wählerschaft. Ohne Stichwahlen können letztlich Kandidatinnen und Kandidaten ins Amt kommen, die nur eine sehr geringe Stimmenanzahl auf sich vereinen. Dies entwertet letztlich die Ämter von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und Landrätinnen und Landräten.

Mit einer Stichwahl hingegen erzielen die Gewählten in der Regel mehr absolute Stimmen als im ersten Wahlgang. Bei den letzten Kommunalwahlen 2014 und 2015 kam es in 62 Städten und Gemeinden zu Stichwahlen. In 45 davon hatten am Ende die Wahlsiegerinnen und Wahlsieger mehr Stimmen als im ersten Wahlgang. Das sind 73 Prozent aller Fälle. Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter können sich also in aller Regel auf eine breitere Legitimationsbasis in ihrem Amt stützen.

Aus diesem Grund ist es in meinen Augen wichtig, den Aufruf zu unterstützen und zu [unterzeichnen!](#)

CDU und FDP missachten Elternwillen In den sozialen Medien machen derzeit zwei Online-Petitionen die Runde: Im September 2018 startete die [Aktion](#) „Abschaffung der Kita-Gebühren in NRW“ des Duisburger Vaters Michael Fleuren. Sie wurde im November mit 55.688 Unterschriften beendet. Parallel startete Svenja Stahlschmidt, eine Mutter aus Hürth, ihre [Petition](#) „Beitragsfreie Kita-Plätze – für ganz Deutschland!“ Die Zahl der Unterstützerinnen und Unterstützer wächst täglich: Zurzeit sind es mehr als 81.000 Menschen, überwiegend betroffene Eltern, die es nicht einsehen können, für die Bildung Summen auszugeben, die das Familienbudget zum Teil erheblich belasten.

Es sind derzeit ausreichend Mittel da, die Eltern sofort von den unsozialen Kita-Gebühren zu befreien. Die SPD-Fraktion steht voll und ganz hinter den beiden Petitionen und hat deren Inhalt als Antrag in das Plenum eingebracht. Bei der namentlichen Abstimmung hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, über ihren Schatten zu springen und dieser Entlastung für hunderttausende Eltern in NRW zuzustimmen. CDU und FDP haben den Antrag abgelehnt, ihnen fehlt schlicht und einfach der Wille, dieses drängende Problem zu

lösen. Auch die Grünen wollen Kitas nicht mit Schulen und Universitäten gleichstellen und von Gebühren befreien. Die frühkindliche Bildung bleibt somit ein Stiefkind des Bildungssystems.

In einigen Kommunen des Landes bezahlen Durchschnittsverdiener mehr als 4.000 Euro für einen Kitaplatz, während in anderen Kommunen Millionärskinder bereits von Beiträgen befreit sind. Familienminister Stamp will das Beitrags-Chaos nicht angehen, das Ministerpräsident

Laschet seinerzeit als zuständiger Minister erst verursacht hat. Stattdessen wird im Haushaltsjahr 2019 ein neues Übergangsgesetz dafür sorgen, dass es keinerlei Qualitätssprung gibt, dass der sich abzeichnende Mangel an Fachkräften nicht angegangen wird und die Eltern in NRW zum Ausgleich unsoziale Beiträge zahlen, die in einigen Kommunen sogar steigen werden.



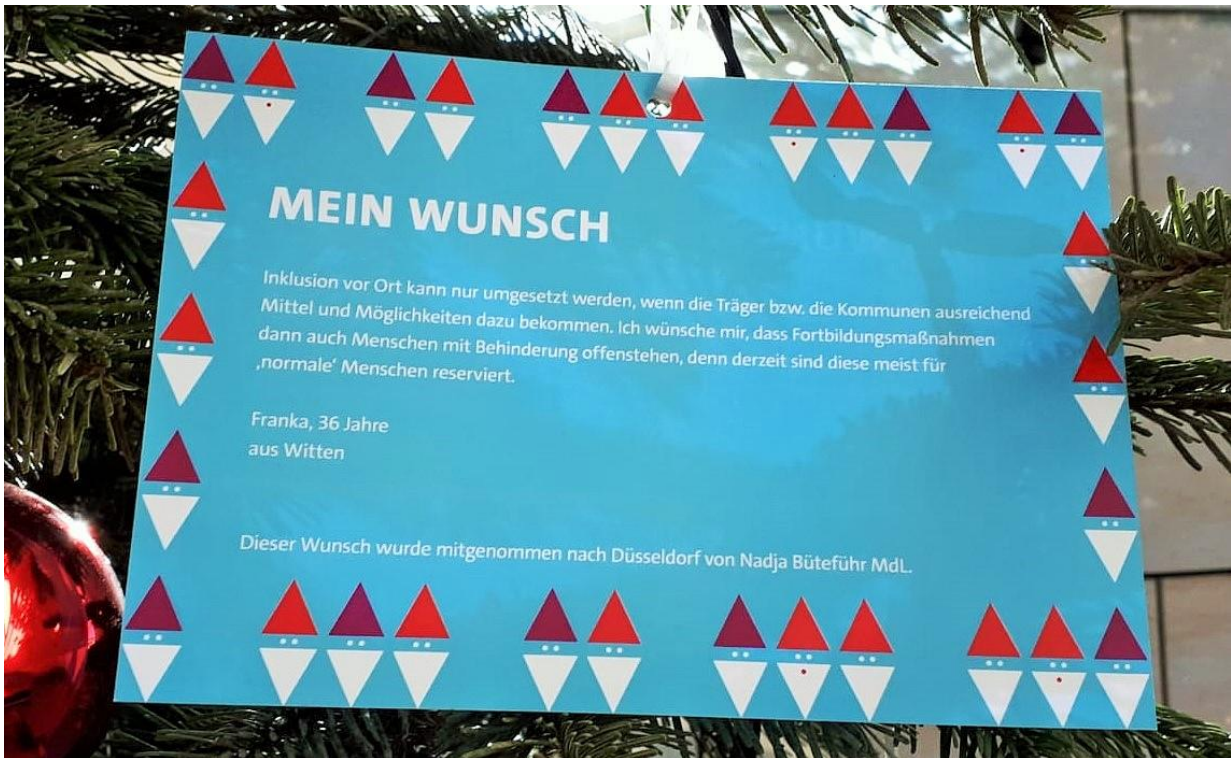
Was der AfD wichtig ist...

Die AfD hat in einem ihrer letzten Anträge in diesem Plenarjahr mal wieder gezeigt, dass sie eine Partei des Hasses und der Hetze ist. Ihr Antrag mit dem Titel „Zuwanderung und Asyl sind grundsätzlich voneinander zu trennen. Die Landesregierung muss sich auf allen Ebenen ausschließlich für eine qualifizierte Zuwanderung einsetzen“ hat dem Landtag eine Debatte über das geplante neue Einwanderungsgesetz der Bundesregierung aufgezwungen. Dieses Gesetz soll den Zugang ausländischer Arbeitskräfte zum deutschen Arbeitsmarkt regeln und auch erleichtern. Angesichts des gravierenden Fachkräftemangels wird ein solches Gesetz fraktionsübergreifend gefordert. In ihrem Antrag und auch in den Redebeiträgen im Plenum hat die AfD jedoch keine sachliche Kritik geäußert, sondern das Bild eines Verdrängungswettbewerbs auf dem deutschen Arbeitsmarkt gezeichnet, der angeblich durch ungebildete Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund überschwemmt wird. Diese Partei und ihre Abgeordneten schüren und bestärken soziale Ängste, und sie spielen die Menschen gegeneinander aus: Deutsche Arbeitslose gegen Geflüchtete, Menschen ohne Migrationsgeschichte gegen Menschen mit Migrationsgeschichte. Und das ausgerechnet hier in NRW. Die AfD äußert in ihrem Antrag auch den Vorwurf, die Rückkehr Geflüchteter in ihre Heimatländer, in denen Krieg und Verfolgung herrscht, werde gezielt durch die „Altparteien“ und die Bundesregierung verhindert. Das klingt sehr nach einer bekannten Verschwörungstheorie, die behauptet, die deutsche Bevölkerung werde mit Willen der Politik bzw. der Regierung ausgetauscht. Gekrönt wird das Ganze durch ein Zitat von Thilo Sarrazin, der öffentlich von der AfD hofiert wird.

Es gehört zur parlamentarischen Arbeit, den Landtag mit wichtigen Themen zu befassen, auch mit bundes- und europapolitischen. Die AfD aber nutzt jede Möglichkeit und jeden Anlass, um komplexe politische und gesellschaftliche Sachverhalte unter ein Thema zu subsummieren: Einwanderung und Migration. Mehr bietet sie im parlamentarischen Alltag eh nicht.

Zum Schluss...

Am Ende eines (politischen) Jahres steht in vielen Fällen der klassische „Blick zurück“. In diesem besonderen Jahr 2018 darf dieser auch mal ganze 100 Jahre zurück reichen, denn zwei wesentliche historische Ereignisse aus dem Jahr 1918 sind eng mit der deutschen Sozialdemokratie verbunden: Die Ausrufung der Republik durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann am 9. November und die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen am 12. November. Selbstverständlich ist es gefährlich, sich auf diesen historischen Erfolgen auszuruhen. Die Welt hat sich verändert und damit auch die Anforderungen an sozialdemokratische Politik. Auch 2019 wird uns vor große Herausforderungen stellen: Bildungspolitik, Wohnungsbau, Pflege, Ökologie, die Folgen des Brexit und das ständige Rütteln an den Grundfesten unserer Demokratie sind nur einige Themen, auf die wir Antworten geben müssen. Ich bin mir gerade deshalb sehr sicher, dass es die Sozialdemokratie, und damit den Einsatz für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, immer noch braucht. Nicht nur in Brüssel, Berlin und Düsseldorf, sondern im Alltag vor Ort. Das macht auch dieser Wunsch am Weihnachtsbaum der SPD-Landtagsfraktion deutlich, den ich aus dem Wahlkreis mit nach Düsseldorf gebracht habe.



Ich wünsche Ihnen und euch für die weihnachtlichen Tage Ruhe und Besinnlichkeit, ein frohes Fest und einen guten Start in ein gesundes Jahr 2019!

Impressum

Dr. Nadja Büteführ MdL

Annenstr. 8
58453 Witten
02302 1767680
nadja.buetefuehr@landtag.nrw.de

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
0211 8842292
www.nadja-buetefuehr.de